

## GROSSER RAT

### **Bericht der Petitionskommission.**

#### **1. zur Petition «Der Weiler Prayoud will ruhig schlafen» (Vivisbachbezirk)**

Diese Petition wurde am 21. September 2006 mit 48 Unterschriften zuhanden des Grossen Rates eingereicht; Verfasser ist ein Bewohner des Weilers **Prayoud**, einem kleinen Dorf auf dem Land im Vivisbachbezirk.

Die Petitionskommission hat sie in den Sitzungen vom 19. Januar 2007 und vom 1. Februar 2007 geprüft.

#### INHALT

Die Unterzeichner dieser Petition verlangen eine Lärmschutzwand, um den durch die Verkehrszunahme auf der A12 bedingten Lärm zu bekämpfen; der Lärm kommt von oberhalb und unterhalb der vorgefertigten Stützmauer neben dem Dorf. Die Unterzeichner weisen darauf hin, dass ihr Weiler ins Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder (VISOS) aufgenommen wurde, weshalb ihnen bei Renovierungen Auflagen gemacht werden. Sie sind deshalb erstaunt, dass im Rahmen der Modernisierung der A12 auf der Höhe von Prayoud keine Lärmschutzbaute geplant wurde.

#### ANTRAG UND FOLGE

Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat, diese Petition für zulässig zu erklären und sie an die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) **weiterzuleiten**, da diese für den Gegenstand der Petition zuständig ist; die Direktion soll die Beschwerden der Bewohner des Weilers Prayoud in der Planung der Sanierungsmassnahmen im Bereich des Lärmschutzes berücksichtigen.

#### **2. zur Petition «Weigerung, die Niederlassungsbewilligung von Fatmir Nebija und seiner Familie zu reaktivieren»**

Am 26. September 2006 wurde eine Petition mit 505 Unterschriften an den Präsidenten des Grossen Rates des Kantons Waadt, Jean-Marie Surer, gerichtet; sie wurde von der Waadtländer Grossrätin Stucki und vom Waadtländer Grossrat Borel unterzeichnet, die wünschten, man möge für die Familie aus Kosovo eine humanitäre Lösung finden. Der Familienvater hat seine Niederlassungsbewilligung verloren, weil er Ende 2001 ein Einschreiben für die Erneuerung der C-Bewilligung nicht abgeholt hat. Eine Kopie dieser Petition wurde am 30. September 2006 an den damaligen Präsidenten des Freiburger Grossen Rates, André Ackermann, gesandt.

Es sei darauf hingewiesen, dass die Familie Anfang Dezember 2006 in ihr Heimatland ausgeschafft wurde, obwohl sie seit über 15 Jahren in der Schweiz gelebt hatte.

Die Petitionskommission hat sie in den Sitzungen vom 26. Januar 2007 und vom 1. Februar 2007 geprüft.

#### INHALT

Die Verfasser der Petition verlangen vom Grossen Rat des Kantons Waadt, dass er sich mit dem Freiburger Grossen Rat koordiniert, um die C-Bewilligung von Fatmir Nebija zu reaktivieren.

#### ANTRAG UND FOLGE

Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat, auf diese Petition nicht einzutreten, da es kein gesetzliches Mittel gibt, um die abgelaufene C-Bewilligung zu reaktivieren. Die Petitionskommission weist darauf hin, dass der Entscheid, die C-Bewilligung zu widerrufen, vom Verwaltungsgericht bestätigt wurde; dieses hat die Sichtweise des Amtes für Bevölkerung und Migration (BMA) vollständig gestützt, wonach die Familie Nebija die Schweiz definitiv verlassen hat und nichts darauf hinweist, dass sie ihre Niederlassungsbewilligung behalten wollte, um wieder in die Schweiz zurückzukehren. Das BGer ist auf eine Beschwerde gegen dieses Urteil nicht eingetreten.

Die einzige Möglichkeit für die Familie Nebija besteht darin, um eine Aufenthaltsbewilligung (B-Bewilligung) wegen schwerer persönlicher Notlage zu ersuchen; der ehemalige Sicherheits- und Justizdirektor hat in einem Schreiben vom 23. November 2006 Grossrätin Stucki und Grossrat Borel auf diese Lösung aufmerksam gemacht.

Die Petitionskommission beantragt deshalb, diese Petition abzuschreiben und dies den Verfassern mitzuteilen.

### **3. zur Petition Erich Aebischer/Staatsratsentscheid Nr. 0929 und Bezirksbehörde Oberamt Tafers**

Am 27. September 2006 wurde beim Sekretariat des Grossen Rates eine Petition von Erich Aebischer, der in der Gemeinde Schmitten wohnhaft ist, eingereicht.

#### INHALT

Der Verfasser bestreitet eine Rechnung der Gemeinde und verlangt ausserdem, dass einige Reglemente über den Tarif beim Regenwasser beachtet und angewendet werden. Er verlangt, dass der alt Oberamtmann des Sensebezirks, Marius Zosso, in den Ausstand tritt; der Ausstand wurde vom Staatsrat nicht angenommen, worauf der Verfasser der Petition eine Beschwerde beim Verwaltungsgericht eingereicht hat.

Die Petitionskommission hat diese Petition in den Sitzungen vom 19. Januar 2007 und vom 1. Februar 2007 geprüft.

ANTRAG UND FOLGE

Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat in Anwendung von Artikel 6 Abs. 2 des Gesetzes über das Petitionsrecht, **die Prüfung** dieser Petition für den Moment **auszusetzen**, bis das Verwaltungsgericht über die hängige Beschwerde entschieden hat.

**4. zur Petition «Boillat 2006»**

Am 19. Dezember 2006 reichte Jean-Marc Blanc, Marly, beim Sekretariat des Grossen Rates eine Petition mit dem Titel "Boillat 2006" ein; die Petition war mit 394 Unterschriften versehen. Diese Petition wurde auch bei anderen Kantonsparlamenten eingereicht. Sie richtet sich an den Staat Bern und an die Behörden der Schweizer Kantone.

INHALT

Die Unterzeichner dieser Petition verlangen von den Behörden der Schweizer Kantone, eine parlamentarische Initiative zu lancieren, mit der die eidgenössischen Kammern dazu gebracht werden sollen, das Gesellschaftsrecht zu revidieren und die Möglichkeit für die politischen Organe des Landes einzuführen, gewisse Unternehmen zu schützen und sie der Misswirtschaft infolge von Ungeschicklichkeit oder Gewinnstreben der Besitzer zu entziehen.

ANTRAG UND FOLGE

Die Petitionskommission erklärt diese Petition, deren Inhalt äusserst politisch ist, für zulässig, beantragt aber dem Grossen Rat mit 4 gegen 3 Stimmen, **ihr keine Folge zu geben**, um den Handlungsspielraum der Unternehmen nicht einzuschränken und um jegliche Einmischung des Staates in die Privatwirtschaft zu vermeiden. Die Petitionskommission zieht es in diesem Fall vor, auf die Partnerschaft zu setzen, anstatt gesetzliche Mittel zu schaffen, mit denen das Bundesrecht geändert oder ergänzt werden soll. Obwohl die Mehrheit der Petitionskommission mit den Zielen der Petition einverstanden ist, findet sie, dass die darin vorgeschlagenen Mittel (Bevormundung oder Enteignung) unangemessen sind und über das Ziel hinausschiessen.

Der Kommissionspräsident:

René Thomet

Freiburg, den 7. Februar 2007